Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/4 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 238. **Dienstag** den 11. Mai 1897. **91. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 11. Mai.

Wie vorauszusehen war, hat die am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause von dem Finanzminister Dr. v. Miquel auf eine Anfrage über den Zeitpunct der Einbringung des **Vereinsgesetzes** ertheilte ausweichende Antwort den Fabrikanten und Verschleißern von Krisengerüchten willkommenen Anlaß zu neuer Thätigkeit gegeben. In gewissen Berliner Kreisen war gestern, wie man uns schreibt, das Gerücht verbreitet, Fürst Hohenlohe „packe bereits seine Koffer" oder sei „im Umzug begriffen", weil er mit dem Verlangen, daß dem preußischen Landtage eine im Wesentlichen auf die Aufhebung des die Verbindung von politischen Vereinen verbietenden § 8 des Vereinsgesetzes sich beschränkende Vorlage noch im Laufe der gegenwärtigen Session unterbreitet werden möge, infolge der Furcht der Mehrzahl seiner Collegen vor der Opposition der Conservativen nicht durchgedrungen sei. Nach dem überaus scharfen Angriffe auf die Reichsregierung, zu dem am Sonnabend im Abgeordnetenhause den conservativen Rednern der Etatstitel „Musteumsbauten" den Anlaß liefern mußte, würde man sich allerdings darauf gefaßt machen müssen, daß ein im Wesentlichen auf die Aufhebung des § 8 sich beschränkendes Vereinsgesetz zu einem noch schrofferem conservativen Vorstoße gegen das „System Hohenlohe" führen und daß, wie die Münchener „Allgem. Ztg." sich ausdrückt, die preußischen Conservativen die Vereinsgesetzgebung als Sturmbock gegen das Ministerium des Fürsten Hohenlohe benutzen würden. Es ist daher auch nicht eben unwahrscheinlich, daß einige der Collegen des Fürsten, darunter Herr Dr. v. Miquel, den Wunsch hegen, sich kurz vor dem Ende der Session einem solchen Ansturme nicht mehr ausgesetzt zu sehen, und daß sie daher den Vorschlag gemacht haben, die Lösung der Frage des Vereinsgesetzes bis zur nächsten Session zu vertagen und den conservativen Heißspornen während der Parlamentsferien Gelegenheit zu geben, ihren Eifer für die Verquickung der Aufhebung des § 8 mit einer preußischen Umsturzvorlage durch die Erinnerung an den Versuch des Centrums, aus einer Umsturzvorlage ein Schutzgesetz für den Ultramontanismus zu machen, abzukühlen. Andererseits aber ist schwerlich anzunehmen, daß Fürst Hohenlohe „ohne Schwertstreich" den conservativen Drohungen weichen werde. Und um so weniger ist dies anzunehmen, je bestimmter verlautet, daß die Aussichten auf eine baldige Einigung des Bundesraths über die Militairstrafproceßordnung sich wesentlich gebessert hätten. Die neuen Krisengerüchte finden daher nur da Glauben, wo man ihre Bestätigung wünscht. Ja es liegen Meldungen vor, die ihnen auf das Bestimmteste widersprechen. So wird der „Magdeb. Ztg." vom 10. d. aus Berlin geschrieben:

„Das Staatsministerium hat am gestrigen Sonntag Mittag wiederum eine Sitzung abgehalten. Allem Anscheine nach ist dabei die Entscheidung über die Vorlagen, welche gegenwärtig im Mittelpuncte der politischen Erörterung stehen, gefallen. Es wird uns von einer Seite, die wir für unterrichtet halten, versichert, daß die Militairstrafproceßordnung noch in dieser Woche vom Plenum des Bundesraths erledigt und dann an den Reichstag gebracht werden wird. Die Nachrichten über das Vereinsgesetz haben in den letzten Wochen beständig gewechselt, so daß man es kaum für angebracht erachten konnte, von allen auftauchenden Gerüchten Notiz zu nehmen. Auch in dieser Angelegenheit dürfte die Entscheidung des Staatsministeriums gefallen und die Einbringung der Vorlage beschlossen sein. Demnach ist die Regierung vor der Drohung der Conservativen doch nicht zurückgewichen. Während diese Partei eine Reform der Militairstrafproceßordnung nach den Grundsätzen der modernen Rechtsanschauung schon früher für entbehrlich bezeichnete, hat sie jetzt auch der Aenderung der Vereinsgesetzgebung, welche der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ausdrücklich angekündigt hat, einen Stein in den Weg geworfen. Beschränkt sich die Vorlage der Regierung einfach auf die Aufhebung des § 8, um den Vereinen die Verbindung zu ermöglichen, so wird der schärfste Widerstand der Conservativen zu erwarten sein. Die Anspielungen der „Kreuzzeitung" über die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Parteien sollten doch wohl mehr als eine Warnung an die Adresse der Regierung sein; die conservative Partei fühlt sich wieder einmal berufen, den Staat zu retten, weil die Regierung anscheinlich vor dem gemäßigten Liberalismus, der auf eine Verschlechterung des ohnehin schon nicht freiheitlichen preußischen Vereinsgesetzes sich nicht einlassen wollte, zurückgewichen ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Vorstoß des reactionären Junkerthums mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Herrenhauses gelingt und daß die nothwendige Reform des Vereinsgesetzes scheitert, da im Abgeordnetenhause sich außer den Conservativen Niemand auf eine Rückwärtsrevidirung des Vereins- und Versammlungsrechts einlassen wird. Scheitert die Vorlage wirklich, so werden die Conservativen allein die Verantwortung tragen."

Auch den „Münch. N. Nachr." wird aus Berlin gemeldet, man dürfe annehmen, daß in der Sonntagssitzung des preußischen Staatsministeriums die schwebenden Fragen in einem dem Reichskanzler befriedigenden Sinne zur Erörterung gelangt seien und daß das Vereinsgesetz im Abgeordnetenhause baldigst werde eingebracht werden. Was die Militairstrafproceßreform betrifft, so will der Gewährsmann des Münchner Blattes freilich wissen, es gewinne den Anschein, als ob die Bedenken Bayerns auch solche anderer Bundesstaaten hervorgerufen hätten. Aus den Widersprüchen beider Meldungen betreffs der Militairstrafproceßordnung muß man leider schließen, daß auch sie einen Anspruch auf Glaubwürdigkeit nicht haben. Jedenfalls aber sprechen für das, was sie gemeinsam über das Vereinsgesetz behaupten, gewichtigere Gründe, als für die abermaligen Krisengerüchte. Volle Gewißheit wird man erst nach der Rückkehr des Kaisers erwarten dürfen; es müßte denn sein, daß das preußische Abgeordnetenhaus so starke Symptome der „Ermüdung" zeigte, daß die Nichteinbringung des Vereinsgesetzes mit diesen Symptomen motivirt werden könnte.

Zu den bevorstehenden **Reichstagsersatzwahlen** in Königsberg und Wiesbaden wird nun noch demnächst eine Ersatzwahl im Wahlkreise Pleß-Rybnik, vielleicht auch eine Wahl im Wahlkreise Donaueschingen hinzutreten. In Pleß-Rybnik hat, wie schon gemeldet, der derzeitige Abgeordnete Radwansky sein Mandat niedergelegt; im Wahlkreise Donaueschingen muß eine Neuwahl stattfinden, wenn, wie die Centrumspresse hofft, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Merz, der mit nur 11 Stimmen Mehrheit gewählt ist, für ungiltig erklärt wird. — Der Wahlkreis Pleß-Rybnik ist an sich parteipolitisch nicht interessant, denn wenn ein Wahlkreis 92 Procent katholische Wähler hat, so bedeutet dies überall mit Ausnahme von Baden den unbestrittenen Sieg der klerikalen Richtung. Der Wahlkreis ist aber dadurch interessant, daß hier, wie in den letzten Jahren wiederholt auch in anderen Wahlkreisen — wir erinnern an die Wahlen der Abgeordneten Fusangel, Strzoda und Szmula —, ein Abgeordneter gegen den Willen der Parteileitung des Centrums gewählt worden ist. Abgesehen von dem Falle Fusangel, wo andere Gründe vorhanden waren, hat bei diesen Wahlen die Begünstigung des Polonismus durch das Centrum wohlverdiente Früchte getragen. Die verhätschelten Polen haben da, wo sie ohne das Centrum stark genug zu sein glaubten, ihren lieben Gönnern einen Fußtritt gegeben. Es wird von Interesse sein, zu sehen, ob das Centrum bei der Neuwahl im Wahlkreise Pleß es überhaupt wagen wird, nochmals einen nichtpolnischen Candidaten aufzustellen. Ein Trost für Pleß-Rybnik wird vielleicht für das Centrum die Wahl in Wiesbaden werden, wo es mehr und mehr den Anschein gewinnt, als ob nicht sämmtliche Conservative für den nationalliberalen Candidaten Bartling stimmen würden. In diesem Falle wäre es immerhin möglich, daß der Centrumscandidat, für den ohnehin mit außerordentlichem Eifer agitirt wird, in die Stichwahl gelangte. Die Conservativen des Wahlkreises würden dann freilich die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß das Mandat entweder in socialistische oder in klerikale Hände überginge.

Ueber die ungerechtfertigte **Besteuerung deutscher Geschäftsreisender im Auslande**, namentlich in Schweden und Norwegen, ist bereits wiederholte Klage laut geworden. Neuerdings wird zu diesem Capitel der „Köln. Ztg." wiederum ein Beitrag geliefert, der von Holland kommt. Ein Reisender schreibt darüber:

„Ich war auf der Reise von Köln nach Amsterdam. Meine Muster, die an und für sich zollfrei waren, waren bereits von der Zollbehörde nachgesehen worden. Der Zollbeamte verlangte aber von mir, ich sollte einen Handelsschein von 18 Gulden lösen, was ich jedoch verweigerte, indem ich bemerkte, mein Vertreter in Amsterdam, der ja auch Steuer bezahle, verkaufe die Sachen, nicht ich, und außerdem würde ich in einigen Tagen nach England weiterreisen. Darauf erbot er sich, meinen Koffer unter Zollverschluß nach Hoek van Holland zu senden, was ich aber nicht wollte. Genug, mein Koffer war nicht in Amsterdam, als ich dort ankam, und ich verlor einen ganzen Tag mit Hin- und Herlaufen, bis ich ihn erhielt. Der Secretair des deutschen Consuls, ein sehr liebenswürdiger Herr, den ich mit meinem Vertreter wegen der Angelegenheit besuchte, bedauerte, in der Sache selbst nichts thun zu können, sagte aber, er habe selbst viele Klagen solcher Art erhalten. Sollte es nicht möglich sein, einem kleinen Lande wie Holland gegenüber, welches geschäftlich nur von Deutschland lebt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten?"

Wir meinen mit den „Berl. N. N.", daß ein entschiedener Einspruch von deutscher Seite die Holländer wohl zu einer anderen Praxis bestimmen dürfte. Andernfalls müßten nachdrückliche Vergeltungsmaßregeln dem holländischen Handel gegenüber angewendet werden. Da Holland in commerzieller Hinsicht in hohem Maße von Deutschland abhängt, so dürfte es nicht schwer werden, dazu die entsprechenden Handhaben zu finden.

Ueber die verurtheilten **Anarchisten in Barcelona** wird uns aus Madrid noch geschrieben: Das Endergebniß des Processes hat nun doch alle Welt überrascht, denn abgesehen von den fünf zum Tode Verurtheilten wurden alle übrigen 60 Angeklagten freigesprochen, jedoch mit der Zusatzstrafe der Expatriirung. Der oberste Gerichtshof ging von der Ansicht aus, daß Jeder, dem eine greifbare Mitthäterschaft an dem großen Dynamitverbrechen nachgewiesen werden könne, unbedingt mit dem Tode zu bestrafen sei. Die Uebrigen dagegen, welche nur an der anarchistischen Propaganda theilnahmen, also das Bombenattentat mittelbar vorbereiten halfen, seien für immer des Landes zu verweisen. Um diese Maßregel durchführen zu können, hatte die Regierung schon vor mehreren Monaten diplomatische Verhandlungen eingeleitet und bei den Regierungen mehrerer Länder angefragt, ob dieselben eine Abschiebung der Expatriirten über die Grenze oder die Absetzung auf einzelnen Colonien gestatten würden. Daraufhin lehnten Portugal, Italien, Frankreich und Belgien die Aufnahme der Anarchisten unter allen Umständen ab, während England und Holland eine unbestimmte Antwort gaben. Infolge dessen wurden von den Angeklagten nur vier französische Staatsangehörige über die Pyrenäengrenze gebracht, während alle übrigen nach dem spanischen Gebiet des Rio Oro an der Südwestküste von Marokko befördert werden sollen. Dort werden dieselben mit Lebensmitteln für eine Woche versehen und dann freigelassen. Wer jedoch binnen Monatsfrist das Colonialgebiet nicht verlassen hat, wird zwangsweise als Arbeiter beschäftigt werden, bis er seine Abreise antreten kann. Auch der deutsche Staatsangehörige Häffel wird voraussichtlich nach dem Rio Oro gebracht werden, da derselbe gegen eine Auslieferung an die deutschen Behörden Einspruch erhebt. Die spanischen anarchistischen Vereine beabsichtigen Sammlungen zu veranstalten, um den Deportirten die Mittel zur Ueberfahrt vom Rio Oro nach Südamerika zu ermöglichen.

Die **antideutsche Agitation** greift in ganz **Russisch-Polen**, wie man uns aus Warschau schreibt, immer weiter um sich. Die russischen Preßbehörden legen in dieser Hinsicht den polnischen Zeitungsredactionen ꝛc. gegenwärtig — früher war es etwas anders — auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg. Die russischen Blätter drucken sogar schmunzelnd die deutschfeindlichen Artikel der polnischen Presse nach und ermuntern auch ihrerseits das Russenthum, deutschen Kaufleuten, Fabrikanten und deutschen Curorten kein Geld mehr zuzuwenden. In dem „Kurjer Warszawski" beginnt ein Dr. H. Dobrzycki eine Reihenfolge von langen Aufsätzen, betitelt: „Unsere Gesundheit und die deutschen Bäder und Curanstalten". Die Quintessenz dieses ersten sehr langen Aufsatzes ist die folgende: Schon 1885 habe Bismarck durch halbamtliche Blätter verkünden lassen, die russischen Polen brauchten ja gar nicht in die deutschen Bäder zu kommen, und man könne sie ev. ja auch sofort ausweisen, gleichviel ob sie gesund oder krank wären. Leider hätten damals die russischen Polen auf diese Angriffe nicht entsprechend geantwortet. Vor einigen Jahren sei aber der „Verein zur Förderung des Deutschthums" entstanden, der energisch und mit dem Aufgebot bedeutender Mittel die Polen aus ihren angestammten Sitzen verdrängen und das Polenthum materiell und intellectuell ruiniren wolle. (?) Dazu gäbe der preußische Staat Millionen und aber Millionen aus, um die Polen auf ihrer heimischen Erde zu entnationalisiren. Das ganze russische Polenthum habe daher die Pflicht, den Agitationen der „Hakatisten" in gleicher Weise entgegenzutreten. Die russischen Polen trügen jährlich mehrere Millionen Rubel in die deutschen Bäder und in die deutschen Heilanstalten. In den nächsten Artikeln will nun der Verfasser ausführen, in welcher Weise man sich bei den „Hakatisten" revanchiren solle. Eine andere Warschauer Zeitung veröffentlicht eine Arbeit des praktischen Arztes Dr. Nußbaum. Derselbe hatte auf Grund der deutschen Bäderlisten statistisch berechnet, daß die russischen Polen jährlich 3—5 Millionen Rubel in die deutschen Bäder trügen. Den Russen gefällt diese deutschfeindliche Agitation, wie gesagt, ganz außerordentlich, und in Petersburg und Moskau sind schon Stimmen laut geworden, Russen und Polen möchten sich in dieser Hinsicht verbinden, um bei deutschen Fabrikanten und Kaufleuten so wenig als möglich zu kaufen.

Schon gestern wiesen wir auf die Schwierigkeiten einer Vermittelung zwischen **Griechenland** und der **Türkei** hin, und je näher man der Frage tritt, um so deutlicher zeigen sich die Klippen und Untiefen. Wenn der griechische Minister des Aeußeren Skuludis geäußert hat, er sehe voraus, daß die Friedensverhandlungen sich sehr schwierig gestalten würden, so hat er wohl im schadenfrohen Hinblick auf die „Harmonie" des europäischen Concertes in erster Linie die Schwierigkeiten im Auge gehabt, welche Griechenland selbst diesen Verhandlungen in den Weg zu legen versuchen wird. Hören wir zunächst, wie man in London die Lage ansieht. Man berichtet uns:

* **London**, 10. Mai. (Oberhaus.) Lord Kimberley fragte an, ob die griechische Regierung die Absicht angekündigt habe, ihre Truppen aus Kreta zurückzuziehen, und ob sie die Vermittelung der Mächte nachgesucht habe. Der Premierminister Lord Salisbury erwiderte hierauf, wenn er die beiden Fragen verneinen würde, so wäre dies völlig correct, aber irreführend. Daher erkläre er, daß die griechische Regierung die Vermittelung nicht nachsuchte, daß aber Mitglieder derselben den Wunsch nach Vermittelung ausgedrückt haben. Er glaube nicht, daß die griechische Regierung als Gesammtheit die Vermittelung amtlich nachzusuchen beabsichtige. Hinsichtlich Kretas bestehe dieselbe Unbestimmtheit in den gegenwärtigen Zuständen. Die griechische Regierung halte es nicht für ihrer Lage entsprechend, die sofortige oder endgiltige Zurückziehung ihrer Truppen zuzusagen, doch höre er, obwohl die Regierung keine absolut amtliche Bestätigung habe, die griechische Regierung sei zu der Zusage bereit, ihre Truppen in Zukunft und zwar an einem nicht sehr entfernten Tage zurückzuziehen. Die Versicherung, fuhr Lord Salisbury fort, sei leider nicht ganz befriedigend für alle Mächte. Er habe jedoch nur für die englische Regierung zu antworten. Die von derselben ihrem Gesandten in Athen ertheilten Instructionen seien die, sich jedem Vorgehen zwecks Vermittelung anzuschließen, das den übrigen Mächten annehmbar sei. Der Hauptpunct sei nach Ansicht der Regierung der, womöglich das Blutvergießen aufzuhalten, und sie lege nicht sehr viel Gewicht auf die Formen; er bedauere sehr, daß die griechische Regierung sich schwieriger in Formsachen zeige, als die Umstände rechtfertigen.

Man sieht, Griechenland hat jetzt den Kampf wieder auf das Gebiet der Diplomatie verlegt, und auf diesem dürften seine geriebenen und verschlagenen Staatsmänner sich kaum

---

Feuilleton.

Snewittchen.

83] Roman von A. J. Mordtmann.

Nachdruck verboten.

Nun nahm ich mir Josephine vor und bat sie, ganz offen zu sein, wenn sie jenem Lieutenant eine größere Zuneigung als mir schenke, so sei ich keineswegs gesonnen, aus der geringen Erkenntlichkeit, die sie mir schuldete, Ansprüche auf ihre Hand abzuleiten, die ich nur ihrer Liebe verdanken wollte. Sie war anfänglich sehr verwundert, lachte über meine deutschen Phrasen, wie sie es nannte, gab aber ohne Weiteres zu, daß jener Lieutenant für sie schwärme, und daß sie ihn sehr gern habe. Aus ihrem ganzen Wesen entnahm ich, daß sie zwischen Pflichtgefühl und Liebe schwankte, und damit war mir mein Weg vorgeschrieben."

Da Rudolf verstummte und in Nachsinnen versank, wagte Helene nicht, ihn darin zu stören. Sie war um das Schicksal ihres Bruders so namenlos betrübt, daß sie es nicht über sich gewinnen konnte, ihm zu sagen, was sie dachte — daß er nämlich übereilt und unklug gehandelt habe.

Rudolf raffte sich endlich aus seinen trüben Gedanken auf, um seine Geschichte zu beendigen: „Das war das letzte Mal, daß ich Josephine gesehen habe. Ich gab ihr beim Abschied nur die Hand und unterließ jede weitere Liebkosung. Vom Hotel schrieb ich ihr dann einen Brief, worin ich dem Glück entsagte, das ich an ihrer Seite erwartet hatte, weil es mir widerstrebte, es auf Kosten ihres eigenen Glücks, das sie vielmehr in einer anderen Verbindung zu finden hoffen dürfte, zu erkaufen."

„Und damit war Alles aus?"

„Natürlich. Ich reiste gleich darauf ab."

Helene umschlang ihren Bruder, küßte ihn zärtlich und sagte, indem sie ihren Kummer niederkämpfte und einen schwachen Versuch zum Scherzen machte:

„Wir Beide gehen also leer aus und müssen als alte Jungfer und alter Hagestolz in Batavia ausdoren. Nun Rudi, wir werden es uns wohl ganz behaglich einrichten — nicht?"

Sie lächelte ihm ermuthigend zu, aber die Thränen standen ihr in den Augen. — —

Neue Scene, neue Umgebungen, neue Beschäftigungen kamen dem lindernden Einfluß der Zeit zu Hilfe, um die Wunden vernarben zu lassen, die beiden Geschwistern noch so schmerzhaft dünkten, als sie ohne großes Bedauern ihre Heimath und ihre Verwandten verließen.

Sie führten in Batavia ein behagliches Leben und blickten im Laufe der Jahre ruhiger auf die schweren Schicksale und Enttäuschungen der Hamburger Zeit zurück. Die hübsche, kluge und sittsame Helene fand in der ostindischen Gesellschaft die ihr gebührende Stelle, und Rudolf gelang es, die Filiale des Hauses Mauvillon & Co. in die vorderste Reihe der dortigen Kaufläufer zu bringen. Beide hätten, wenn anders es ihr Wunsch gewesen wäre, eheliche Verbindungen eingehen können, um die Jedermann sie beneidet hätte. Aber sie blieben den Erinnerungen ihrer Jugend treu, und wer sie in ihrem mit vornehmster Eleganz ausgestatteten Heim in Buitenzorg aufsuchte, mußte alle ehelichen Projecte draußen lassen.

Nicht wenig überrascht war daher Helene, als eines Nachmittags Rudolf nicht allein aus dem Geschäfte heimgefahren kam, sondern eine braune Aya (Kinderfrau) und ein kleines, etwa vierjähriges Mädchen mitbrachte. Er war bleich, in seinem Gesichte zuckte es von schmerzlicher Erregung. Seit dem Jahre der Krisis hatte Helene ihn so nicht gesehen.

„Du mußt die Kleine recht lieb haben, Helene!" rief er ihr zu, während das Mädchen scheu aus dunkelblauen Augen zu ihr aufblickte. Helene, die überaus kinderlieb war und die Gabe hatte, sich sofort das Vertrauen auch der bildesten Kinder zu erwerben, zog die Kleine an sich heran, küßte sie und fragte:

„Wie heißt Du denn, mein Herz?"

Die Kleine sah sie traulich an, antwortete aber nicht.

„Sie spricht kein Deutsch", sagte Rudolf. „Weißt Du, wer sie ist?"

„O, ich ahne es", flüsterte Helene. „Diese dunkelblauen Augen . . . ist es so?"

„Ja, es ist das Kind von Josephine Dessoudre. Und jetzt weiß ich . . . ah, wie verblendet, wie thöricht bin ich gewesen!"

Auch Helene war bis in die Lippen erblaßt; aber sie bezwang ihre Erregung und die brennende Neugier, die Rudolf's Worte ihr verursachten, um zunächst der kleinen Josephine, wie sie nach ihrer Mutter hieß, ein Willkommen zu bieten und alle Anordnungen für die Bequemlichkeiten der neuen Hausgenossin zu treffen. Die Kleine, die rasch alle Befangenheit verlor, gefiel sich in dem großen schönen Hause, und nachdem sie mit Speise und Trank versehen war, sprang sie, von der Aya langsam gefolgt, in den prächtigen Garten, aus dem bald ihr helles Stimmchen zu den Geschwistern drang; sie saßen in der Veranda und hier erfuhr Helene die seltsame und traurige Geschichte, die mit dem Kinde verknüpft war.

„Sie ist in Begleitung einer älteren Dame und dieser Aya zu mir gekommen", berichtete Rudolf. „Die Dame reist heute Abend noch weiter. Sie hatte von Josephine . . . Josephine ist todt", schaltete Rudolf auf einen fragenden Blick Helenens ein, und einige Augenblicke versagte ihm vor innerer Erregung die Stimme.

„Todt!" wiederholte Helene. „O das arme Kind!"

Lautes Jauchzen tönte zu ihnen herüber — die kleine Waise jagte unter den betäubend duftenden Tropenblumen einem leuchtenden Nachtfalter nach. Tod und Trauer hatten über das leichtbewegliche Kinderherz keine Macht.

„Die Dame ist die Gattin eines französischen Intendanturbeamten. Aus ihrem Munde habe ich die Geschichte von Josephinens letzten Tagen gehört. Die Ehe des armen Mädchens mit dem Lieutenant Périn war keine glückliche. Der Mann war ein leichtlebiger Patron von jener Sorte, die in den langweiligen französischen Romanen die Helden abgeben und die einem bis zum Ekel bekannt sind. Josephine hätte sich längst von ihm scheiden lassen, wenn nicht das Kind gewesen wäre. Darum ertrug sie alle seine losen Streiche mit großer Geduld und Nachsicht — darum und aus noch einem anderen Grunde. Sie war sich gegen ihn nicht einer wirklichen, wohl aber einer Herzensuntreue bewußt.

„O meine Ahnung!" rief Helene leidenschaftlich. „So habe ich doch recht gehabt!"

„Du hast recht gerathen, und ich war ein blinder Thor", sagte Rudolf niedergeschlagen. „Aber das ist nun Alles vorbei, die Reue kommt zu spät. Josephinens Mann bekam einen Posten in Pondichéry, und dorthin war sie ihm gefolgt. Vor einigen Monaten ist er von einem Eingeborenen, dessen Weibe er nachstellte, vergiftet worden. Josephine erkrankte, gerade als sie im Begriff war, nach Frankreich zurückzukehren, und nach längerem Siechthum ist sie gestorben. Zum Vormund der kleinen Josephine und zum Verwalter ihres Vermögens hat sie in aller Form mich ernannt. Denn ihr Oheim ist ebenfalls schon gestorben."

„Die armen Leute haben wahrlich vom Wiedergewinn

SLUB
Wir führen Wissen.